

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Gerald Pittner

Abg. Benjamin Adjei

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Markus Plenk

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Öffnungsperspektiven für Kultur, Veranstaltungen und Gastronomie in Bayern - Contact Tracing in der Corona Warn App verbessern (Drs. 18/14241)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Öffnungsschritte mit digitalen Tools flankieren - Corona-Warn-App weiterentwickeln und Voraussetzungen für Guest-Registration-Apps schaffen (Drs. 18/14260)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte, Herr Pittner.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Corona-Warn-App geht es ein bisschen wie dem Impfstoff von AstraZeneca, der es nicht leicht auf dieser Welt hat. Viele misstrauen ihr, fürchten, sie würden ausgespäht. Andere wiederum sagen, mit weniger Datenschutz wäre sie leistungsfähiger. Genau genommen ist die App eine richtige Erfolgsgeschichte. In kürzester Zeit programmiert, bietet sie – richtig eingesetzt und erweitert – die Chance, uns allen mehr Freiheiten und Öffnungen zu ermöglichen. Gerade jetzt, da die Mutationen überhandnehmen, bietet die Corona-Warn-App neben Testung und Impfung die Chance, uns mehr Freiheiten zu ermöglichen.

Nach Angaben des RKI wurde sie zwischenzeitlich insgesamt 25,8 Millionen Mal von insgesamt 83 Millionen Menschen der Bevölkerung heruntergeladen. Die französische App ist etwas anders aufgebaut. Bei ihr werden die Daten zentral gespeichert und die Ergebnisse direkt eingetragen. Sie wurde gerade einmal 2,5 Millionen Mal heruntergeladen. Weil die deutsche App ein solcher Erfolg ist, haben wir damit ähnlich wie mit

unserem Impfstoff schenkungsweise halb Europa beglückt. Unsere App ist inzwischen in halb Europa verbreitet. Über sie wurden insgesamt 9,3 Millionen Testergebnisse geteilt, davon 254.000 positive.

Der Nutzen der App hängt von den Nutzern ab. Hier muss man allerdings sagen – und da kommen wir allmählich zu den Problemen –, es wären insgesamt 427.000 positive Testergebnisse über die App teilbar gewesen. Insgesamt haben also nur knapp 60 % der positiv Getesteten die Ergebnisse geteilt, sei es, weil sie die Weitergabe nicht wollten – sie müssen ja nicht –, sei es, weil sie mit dem komplizierten Abfragesystem nicht zurechtgekommen sind, oder sei es, weil bei der Übertragung des Ergebnisses die Verbindung abgebrochen ist. Das ist tatsächlich sehr häufig vorgekommen, was man feststellt, wenn man sich einmal die Google-Einträge ansieht.

Im Netz kursieren unzählige Geschichten darüber, wie man nach der Testung bei der Abwicklung über die App plötzlich per Telefon oder per SMS die Rückmeldung vom Gesundheitsamt bekommen hat. Die App kann das dann natürlich nicht regeln. Das funktioniert nicht. Auf diese Art und Weise kriegen wir die Öffnungen nicht hin. Die Warnungen sind auch sehr unspezifisch. Zwischenzeitlich ist es zumindest möglich, dass der Tag, aber nicht die Uhrzeit angegeben wird. Das heißt: Wenn man positiv getestet wird, dann weiß man zwar, dass man an einem bestimmten Tag getestet wurde, kann aber nicht abschätzen, wo man sich selbst und wen man selbst angesteckt haben könnte. Das liegt aber nicht an der App und nicht am Datenschutz, sondern an der Art der Programmierung und der Abstandswarnung über Bluetooth.

Dann wird immer gesagt: Okay, wir müssen das per WLAN machen. – Falsch. GPS ist viel ungenauer. Mit Mobilfunktriangulation kann man den Standpunkt gerade mal auf 100 Meter genau feststellen; das ist in Städten überhaupt nicht hilfreich. Deswegen wird nirgendwo auf der Welt dieses Tracking – nämlich die Ortsverfolgung – tatsächlich durchgeführt, zumindest nicht mit Mobilfunkstandard. Das wird auch nicht, wie immer fälschlicherweise behauptet wird, in Asien gemacht. Japan benutzt beispiels-

weise die Bluetooth-Technik. Jene, die Ortsverfolgung machen, verwenden ein anderes System, nämlich Gesichtserkennung oder Ähnliches.

Auch der zentrale Ansatz der Speicherung der Daten – wir finden ihn im Antrag der GRÜNEN wieder – ist hier nicht zielführend. Es ist zwar tatsächlich so, dass dieser Ansatz einige Vorteile hat – insbesondere im Datenaustausch mit anderen Ländern und Staaten –, er würde aber aufgrund der fehlenden Infrastruktur bei der Datenübertragung eine mehrmonatige Programmierung und vor allem auch die Beschaffung der Hardware erfordern. Das funktioniert nicht auf die Schnelle. Wir wollen aber schnelle Öffnungen.

Sie haben unseren Bayernplan, zu dem Sie letzte Woche immer nachgefragt haben, sicherlich gelesen. Wir wollen die Öffnungen, sobald sie verantwortbar sind, so schnell wie möglich. Mit dieser Testung, mit dieser App, ist es verantwortbar. Man kann die App auch im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und der bestehenden Datenschutzregelungen verbessern. Das geht viel schneller, als etwas komplett Neues zu errichten, aufzubauen und zu verbreiten.

Datenschutzkonform jederzeit möglich wäre die Einführung einer Cluster-Erkennung. Wenn man in den Biergarten, zur Arbeitsstelle oder zu einer Theaterveranstaltung geht, könnte man über einen QR-Code die Abstandsbeschränkung von 1,5 Meter aufheben. Der Datenaustausch könnte dann insgesamt mit dem anonymen Schlüssel, der auf der App drauf ist, stattfinden; dazu braucht man keinen zentralen Datenbankspeicher oder Ähnliches. Ich würde dann über die App erfahren, wenn jemand – eine Theatervorstellung dauert vielleicht zwei Stunden – im Raum ist, der positiv getestet ist, auch wenn er nicht in meiner Nähe ist. Das geht viel schneller, als eine neue App einzuführen, die mit den anderen dann nicht kommunizieren kann.

Man könnte auch eine Freigabe der Schnittstelle der Corona-App überlegen. Das ist ein wenig problematisch, weil das die Akzeptanz durchaus gefährden könnte. Wer das

aber haben will, kann eine Zusatz-App installieren, die noch anderes kann. Warum soll man das nicht machen?

Man könnte auch überlegen – datenschutzrechtlich wäre das jederzeit möglich –, dass zum Beispiel das Teilen des Testergebnisses automatisiert über die Gesundheitsämter erfolgt. Das Problem ist da nicht die App, das Problem sind die Gesundheitsämter und deren Technik. Datenschutzrechtlich ist das aber kein Problem. Zumindest könnte man die Teilung programmtechnisch wesentlich vereinfachen.

Das sind alles Verbesserungen, die ganz schnell und innerhalb des bestehenden Systems rechtlich umsetzbar sind. Der Bundesdatenschutzbeauftragte hat gemäß seiner eigenen Aussage vom Januar in der Vergangenheit bezüglich der App noch keinen einzigen Vorschlag abgelehnt. Er hat all diese Vorschläge, die ich jetzt gemacht habe, auf seiner Website als datenschutzrechtlich möglich bezeichnet. Das heißt also: Es geht!

Wir können mithilfe dieser Kontakt-App also wesentlich schneller wieder Veranstaltungen zulassen, weil die Gefahren minimiert werden. Wenn dann noch die Testung dazukommt, wenn man also vorab testen kann, dann ist das Sicherheitsrisiko für eine Ansteckung auf einer solchen Veranstaltung, am Arbeitsplatz und sonst wo so gering, dass man problemlos jede Öffnung verantworten kann.

Wie funktioniert das mit der Cluster-Erkennung? – Man scannt am Eingang einen QR-Code ein. Das kennen wir alle von der Landtagsgaststätte, als diese noch offen war. Dann wird gegenseitig ausgetauscht. Man braucht keinen Schlüssel und keine Personalien anzugeben. Das funktioniert alles.

Wir wollen auf jeden Fall, dass wir langsam mutig werden und jede vernünftige und gesetzlich zulässige Möglichkeit ergreifen, um die Einschränkung der Grundrechte zurückzuführen. Der Erfolg der Corona-Warn-App beruht auf Freiwilligkeit, sicherer und datensparsamer und quelloffener Architektur. Diesen Weg sollten wir nicht verlassen.

Ganz kurz zum Antrag der GRÜNEN: Man könnte den ersten drei Vorschlägen mit der Ausnahme, dass man die Datenverarbeitung nicht braucht, weil die App derzeit datenschutzrechtlich irrelevant ist, durchaus nähertreten. Zum Punkt mit der Nachverfolgungssoftware: Diese erfordert eine zentrale Datenspeicherung, die wir grundsätzlich ablehnen.

Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER und um Ablehnung des Antrags der GRÜNEN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Pittner. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Der Kollege Benjamin Adjei hat sich gemeldet.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Kollege Pittner, ich frage mich gerade, woraus Sie entnehmen, dass wir zentrale Datenspeicherung fordern würden. Wir fordern das nämlich nicht.

Ich glaube, Sie beziehen sich da auf den letzten Punkt. Da geht es darum, für alternative Apps, die es sowieso schon gibt – beispielsweise für die "Luca"-App –, Schnittstellen zu schaffen, um datenschutzkonform – diese Apps arbeiten ja datenschutzkonform – zu übermitteln. Gästelisten sind ja bisher auch schon gesammelt worden. Das soll zukünftig digital gemacht werden.

Dann noch ein Punkt: Sie haben gesagt, Sie hätten gerne die Uhrzeit. Ich kann Ihnen sagen, dass das technisch nicht funktioniert, weil die App über den gesamten Tag aufsummiert, wie viel Kontaktzeit man hatte. Deswegen kann man gar nicht sagen, wann ein Kontakt stattgefunden hat, weil es einfach um mehrere Kontaktzeiten geht.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Zur letzten Frage zuerst: Ich habe nicht alles verstanden. Sehen Sie es mir nach, wenn ich jetzt falsch antworte. Dass es jetzt noch nicht funktioniert, ist klar. Das habe ich ja gesagt. Man könnte es aber programmieren, dann würde es funktionieren und auch die Zeit abspeichern. Das wäre kein Problem.

Zur zweiten Frage: Nehmen wir wieder das Beispiel Biergarten. Wie soll Datenweitergabe an die Gesundheitsämter funktionieren? – Weder die App noch das Gesundheitsamt sind ja bekannt. Das heißt, man muss auf einen zentralen Datenspeicher laden, der dann auf irgendein Gesundheitsamt zurückgreift. Das funktioniert ja nicht anders. Deswegen braucht man zentrale Datenspeicherung. Ich wüsste nicht, wie das direkt funktionieren könnte. Es sei denn, Sie erklärten es mir, wenn Sie reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Dazu hat er gleich die Möglichkeit. Vielen Dank, Herr Kollege Pittner. – Nächster Redner ist Herr Kollege Benjamin Adjei vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin insgesamt schon etwas überrascht über den Antrag, weil das Wording der Regierungskoalition bisher doch ein etwas anderes war. Herr Kreuzer schaut gleich auf. – Ja, Herr Kreuzer hat nach einer Regierungserklärung auch groß gegen den Datenschutz in Deutschland gewütet. Diese Diskussion hatten wir in der Vergangenheit öfter.

(Zuruf)

Auch Ministerpräsident Markus Söder hat die letzte Zeit intensiv genutzt, um monatelang durch das Land zu reisen und den Menschen zu erzählen, warum der Datenschutz die Kontaktnachverfolgung kaputt machen würde und warum die Corona-App schlecht sei. Akzeptanz ist eine der wichtigsten Eigenschaften, die diese App haben muss, damit sie funktioniert. Kollege Pittner hat es schon gesagt. In Frankreich hat man nicht auf Akzeptanz gesetzt. Dort ist die App am Schluss komplett gescheitert. Was Akzeptanz bedeuten kann, sehen wir gerade auch bei der Diskussion über die Impfstoffe.

Die Einsicht, die jetzt von den FREIEN WÄHLERN kommt – ich bin gespannt darauf, was gleich von der CSU kommt –, kommt reichlich spät. Die Vorschläge, die jetzt gemacht werden, nämlich Clusterverfolgung und Erfassung von Zusammenkünften, haben wir schon vor einem halben Jahr gemacht. Seit einem halben Jahr gibt es diese Vorschläge, und jetzt kommen Sie auf die Idee und sagen, wir brauchen das. Natürlich brauchen wir das, aber wir hätten es schon früher gebraucht, als Sie noch herumgelaufen sind, um die App schlechztureden.

Es gibt noch weitere Probleme. Sie haben sie zwar kurz erwähnt, aber im Antrag selbst steht nicht wirklich etwas dazu. Es sind die positiven Testergebnisse. Wir haben zwar 430.000 Ergebnisse, die ermittelt worden sind. Davon sind aber nur – Sie haben es gesagt – 59 % geteilt worden. 175.000 Ergebnisse in Deutschland wurden nicht geteilt. Damit wurden auch die Kontaktpersonen von 175.000 Menschen in Deutschland nicht darüber informiert, dass sie sich testen lassen sollen, weil sie Kontakt zu Personen hatten, die Corona-positiv getestet worden sind. Ich kann es verstehen, dass ich nicht gleich als Erstes auf der App das Ergebnis teile, wenn ich positiv getestet worden bin. Sicher hat man da andere Überlegungen im Kopf. Deshalb ist es sinnvoll, dass die App die Information automatisch übernimmt und weiterleitet, damit die Kontaktpersonen die Möglichkeit haben, sich zu testen.

Information ist ein gutes Stichwort, weil die Corona-Warn-App im Hinblick auf Informationsportale weiterentwickelt werden muss. Jetzt sind wir auf dem Weg zu Lockerungen und Öffnungen. Wir werden einen Stufenplan mit unterschiedlichen Regelungen durchschreiten, und dabei ist die Corona-App die perfekte Basis, um den Menschen Informationen zu liefern, welche Regelungen jetzt gerade bei ihnen vor Ort gültig sind.

Neben der Corona-App müssen wir – Herr Kollege Pittner, ich kann es Ihnen gerne erklären – eine weitere Infrastruktur schaffen, damit wir nicht mehr die überhaupt nicht datenschutzkonformen Gästelisten ausfüllen müssen. Jeder von uns kann sich noch an den letzten Sommer erinnern, als Zettel herumgelegt sind und sich jeder in offene Listen eingetragen hat. Das hat nichts mit Datenschutz zu tun.

Es gibt viele Apps. Die "Darfichrein"-App, die unter der Schirmherrschaft von Staatsministerin Gerlach steht – ich gehe davon aus, dass sie sich auch mit der Frage des Datenschutzes beschäftigt hat – und die "Luca"-App, die auch datenschutzkonform ist, müssen Schnittstellen zu SORMAS, zu den Gesundheitsämtern, bekommen, damit die Gesundheitsämter nicht mehr die Gästelisten, die Zettel, die irgendwo herumliegen, einsammeln müssen, sondern damit sie automatisiert die datenschutzkonform gespeicherten Informationen anfordern können. Das gibt es.

Auch im MPK-Beschluss steht, dass sich die Gesundheitsministerinnen und -minister damit beschäftigen sollen. Wir brauchen diese Apps jetzt. Das muss schnell kommen, damit wir nicht erst irgendwann im Dezember dieses Jahres diese Möglichkeiten haben. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, wie lange beispielsweise die Einführung von SORMAS gedauert hat. Deswegen müssen wir uns jetzt damit beschäftigen. Deshalb bitten wir jetzt, unseren Antrag anzunehmen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist nicht mehr up to date. Er bezieht sich auf ältere Diskussionen. Wir werden uns deshalb bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adjei. – Für die CSU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Marcel Huber.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Die Bekämpfung einer Pandemie ist ein sehr komplexes Geschehen. Sie ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, sie braucht einen breiten Ansatz und kann nur multifaktoriell funktionieren. Die allgemeinen Hygieneregeln, die AHA-Regeln, kennen Sie alle. Die Behandlung schwerer Verlaufsformen gehört unbedingt dazu. Deswegen haben wir auch die Initiative zur Entwicklung geeigneter Arzneimittel eingebracht. Außerdem müssen wir einen breiten Impfschutz für die Bevölkerung aufbauen. Daran arbeiten wir alle zurzeit heftig.

Es gibt aber noch einen weiteren wichtigen Punkt. Seine Überschrift lautet: "Unterbrechung der Infektionsketten". Alles das, was wir im Zusammenhang mit dem Lockdown in allen Variationen erleben, bedeutet nur, dass sich die Leute nicht treffen sollen, damit sie sich nicht gegenseitig anstecken. Ganz wichtig ist aber noch ein weiterer Punkt, nämlich das Verhindern von Kontakten mit Ausscheidern, die selbst keine oder noch keine Symptome haben. Darauf fußt die Teststrategie in allen Varianten, mit PCR-Test, mit Schnelltests, mit Selbsttests und mit digitalen Warnsystemen, die vor kritischen Kontakten warnen sollen. Damit sind wir beim Thema.

Die Idee der Bundesregierung vom 16. Juni letzten Jahres, das RKI damit zu beauftragen, eine Corona-Warn-App vorzustellen, die gerade ganz schnell entwickelt worden war, hat sich damals als vielversprechendes Projekt dargestellt. Die Zahlen haben wir heute schon gehört. 25,8 Millionen Nutzer sind europaweit ein stolzer Wert. Man hat damals aber die Funktionalität für diese App klar definiert: Sie muss dezentral sein, es darf keine zentrale Datenhaltung geben. Sie muss freiwillig genutzt werden können und im Hinblick auf die Akzeptanz mit maximalem Datenschutz ausgestattet sein.

Das ist eine schwierige Gratwanderung. Warum ist es in Frankreich anders als in Deutschland? – Die Gratwanderung zwischen Effizienz auf der einen Seite und Akzeptanz auf der anderen Seite ist schwierig. Wenn die Nachverfolgungstiefe groß ist, ist die Akzeptanz niedrig, weil die Leute Bedenken wegen des Datenschutzes haben. Haben wir einen hohen Datenschutzstandard, ist zwar die Akzeptanz hoch, aber die Effizienz ist suboptimal.

Das ist der Grund dafür, dass wir das, was heute schon beschrieben worden ist, erleben, nämlich die mangelnde Bereitschaft, sein positives Ergebnis bei einer freiwilligen Maßnahme einzutragen. Das ist, glaube ich, die Achillesferse dieser App. Die Effizienz der App steht und fällt mit der möglichst vollständigen Eingabe positiver Testergebnisse ins System.

Der Kollege der GRÜNEN hat es gerade schon erwähnt. Wenn es einen tatsächlich positiv erwischt und man ein positives Ergebnis mitgeteilt bekommt, dann geht einem ganz viel durch den Kopf, aber nicht immer die Meldung an die Corona-App. 173.000 Leute haben sich bisher nicht dazu entschieden, ihr positives Ergebnis einzutragen. Genau aus diesem Grund sind alle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Eintragung positiver Ergebnisse führen, richtig und gut. Der Antrag der FREIEN WÄHLER geht in die richtige Richtung. Wir müssen diese App weiterentwickeln und effizienter machen.

Auch die Idee, den Tatbestand einer Zusammenkunft zu definieren und in das Warnszenario aufzunehmen, halte ich für gut. Ich kann das durchaus nachvollziehen. Dafür braucht es aber einen praktikablen Weg – wir haben noch zu viele Ecken und Hürden –, der die Warnungen mit den bestehenden Systemen der Gastronomie zusammenführt.

Die Warn-App, wie sie momentan auf dem Weg ist, hat sicherlich interessante Zahlen, aber sie ist durchaus verbesserungsfähig. Aus diesem Grund werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Huber, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Dr. Huber, Sie haben völlig zu Recht angemerkt, dass nur 15 % der positiven Testergebnisse von dieser App erfasst werden. Wenn das dann noch mit einem Faktor 10 versehen ist, liegen wir in einem sehr niedrigen einstelligen Prozentbereich. Ich frage mich tatsächlich, ob man diese App in der Konstellation noch als Erfolg bezeichnen kann und ob es sich wirklich lohnt, diese App weiterzuentwickeln. Im Endeffekt geht es nämlich darum, schwere COVID-19-Verläufe und entsprechende Todesfälle zu verhindern. Und wenn man in den vulnerablen

Gruppen die Leute gar nicht erreicht und wenige Kontakte stattfinden, ist der Nutzen dieser App äußerst begrenzt, insbesondere dann, wenn man ins Verhältnis setzt, dass man der Totalüberwachung Tür und Tor öffnen könnte.

Dr. Marcel Huber (CSU): Herr Kollege Plenk, erstens ist das, was in dieser App realisiert ist, ganz, ganz weit weg von Totalüberwachung. Ganz im Gegenteil: Die Effizienz könnte noch um einiges gesteigert werden, wenn man die Datenschutzregeln nicht so intensiv befolgen würde.

Zweitens. Der Gegner in der Pandemie ist so groß und so vielfältig, dass wir alle Register ziehen müssen. Die App gehört dazu.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Franz Bergmüller.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde die Ausführungen von Marcel Huber als Sprecher für die CSU so beschreiben, dass er gewisse Zweifel am Funktionieren der App hat, aber er gönnt den FREIEN WÄHLERN den kleinen Erfolg ihres Antrags.

Auch der Vorredner, der geschätzte Kollege Adjei, der von der Materie Ahnung hat, hat Zweifel geäußert, ob diese Corona-App wirklich funktioniert oder angenommen wird. Ich würde sagen, das ist ein totgeborenes Kind. Auch wenn man noch so viele Zugriffszahlen zitiert: Hat jemand von Ihnen in der letzten Zeit davon gehört, dass diese App bei der Bekämpfung des Infektionsgeschehens eine große Rolle spielt?

Herr Kollege Pittner, in Ihrem Antrag schreiben Sie, die deutsche Corona-Warn-App sei ein weltweit einmaliges Leuchtturmprojekt. Mir erschließt sich das nicht. Sie haben

das System in Südkorea als nicht so zielführend bezeichnet. Die haben halt ein anderes System, aber technisch sind die Südkoreaner besser als wir aufgestellt.

Oder das Start-up in Berlin. Warum hat sich "Luca" überhaupt etabliert? – Das ist ganz klar: weil dieses von Ihnen hoch gelobte, sündhaft teure Corona-Warn-App-System überhaupt nicht funktioniert. Ein kleines Start-up aus Berlin stellt innerhalb kurzer Zeit so etwas auf. Sogar die Stadt Berlin denkt darüber nach, dass diese App besser funktionieren könnte, gerade um die Gastronomie zu öffnen, die hier genannt wird. Dort hat die Nachverfolgung gut funktioniert.

Ich gebe Kollegen Adjei recht: Der Antrag hätte schon viel früher kommen müssen, wenn wir uns ernsthaft darüber hätten unterhalten wollen. Über die Corona-App wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Es geht im Wesentlichen um die Öffnungsperspektiven. Wenn wir die Öffnungen erreichen wollen, müssen wir von der alleinigen Bewertung von Inzidenzen wegkommen. Beim Dringlichkeitsantrag 18/14262 kommen wir nachher noch darauf zu sprechen. Das ist der springende Punkt. Herr Aiwanger hat heute nach der Kabinettsitzung gesagt, dass nur noch 450 Intensivbetten mit Corona-Patienten belegt seien. Das ist ein Wert, der aus unserer Sicht wesentlich schneller Öffnungen zulässt. Näheres folgt später.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das sind zwei interessante Vorschläge. Das kann man schon daran erkennen, dass sie exakt das aufgreifen, was Karl Lauterbach schon im Oktober vorgeschlagen und angeregt hat und was der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil im Dezember eingebracht hat. Es wäre ein echter Fortschritt, wenn wir uns über Apps und QR-Codes anmelden könnten, wenn irgendwann Gastronomie, Kulturstätten usw. wieder öffnen können. Es kann dann zwar immer noch passieren, dass sich

Micky Mäuse anmelden, aber zumindest hat man dann die Telefonnummer von Micky Maus und kann Kontakt aufnehmen.

Es muss tatsächlich besser werden. Die Warn-App des Bundes informiert bisher nur über das Risiko, ohne tatsächlich den Kontaktort zu nennen; die Leute müssen sich auch selbstständig beim Gesundheitsamt melden. Doch ob die Gesundheitsämter tatsächlich in der Lage sind, die anfallenden Daten zu verarbeiten, ist halt immer noch sehr fraglich. Es wurde zwar schon vor längerer Zeit vereinbart, dass alle das Programm SORMAS nutzen sollen, doch viele Kreise und Kommunen tun das nicht, manche weigern sich sogar, denn sie haben so lange auf brauchbare Software warten müssen, dass sie in ihrer Not oft eigene Modelle zur Kontaktverfolgung entwickelt haben. Selbst wenn alle mit SORMAS arbeiten würden, der Zugriff auf die Kontaktdaten der Apps ist damit noch nicht sicher; dafür bräuchte es eine neue Version der SORMAS-Software mit dem Titel "Exchange". Dafür wurde gerade erst die Pilotphase beendet.

Die entscheidende Frage ist, ob man verschiedene gleichartige Apps einbinden und miteinander verknüpfen kann. Das sollte technisch eigentlich möglich sein. Das ist tatsächlich die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

Zu den Anträgen: Die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN sprechen schon von Öffnungsperspektiven und Öffnungen. Das ist – ganz ehrlich – der zweite Schritt vor dem ersten; denn bevor wir Hoffnungen wecken, müssen zuerst die Voraussetzungen, auch die technischen, geschaffen sein. Das halten wir für sehr wichtig.

Dass die Infektionsmeldung automatisch weitergeleitet wird, wenn die Person zuvor nicht widersprochen hat, ist sinnvoll. Das wurde von der SPD schon vor längerer Zeit vorgeschlagen. Der Ausbau zu einem Info-Portal ist eine sehr interessante Option, weil darin großes Potenzial steckt. Das wäre serviceorientiert. Gerade bei den jetzt geplanten Lockerungen, die sehr inzidenzbezogen und nicht gerade sehr übersichtlich sind und regional auch noch zum Teil unterschiedlich, könnte das durchaus helfen,

den Überblick zu behalten, wenn jeder über seine Corona-Warn-App die aktuellsten Informationen bekommen kann, was gerade gilt.

Aber dazu müssen wir auch die Maßnahmen auf dem neuesten Stand halten. Das gilt ebenso für die RKI-Empfehlungen, zum Beispiel bei der Nachverfolgung. Kontaktperson der Kategorie 1 ist man dann, wenn man länger als 15 Minuten mit weniger als 1,50 Meter Abstand Kontakt ohne Masken hatte. Das ist zu weit gegriffen. Angesichts der Mutationen muss das dringend aktualisiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon mal was von "Luca" gehört? – Vorher hat man es ganz kurz erwähnt; Herr Kollege Adjei hat es erwähnt. Das ist eine schöne App, die den Aufwand bei der Kontaktnachverfolgung nach Hotel-, Restaurant- und Konzertbesuchen verringern hilft. Man kann sie auch für private Zusammenkünfte verwenden. Das ist es doch, was ihr FREIEN WÄHLER eigentlich sucht. Außerdem ist die App privat entwickelt und kein Ersatz für die Corona-Warn-App, sondern nur eine Ergänzung. Aber der Reihe nach.

Im Antrag der FREIEN WÄHLER steht, die deutsche Corona-App sei ein Leuchtturmprojekt. Das sehe ich nicht so – abgesehen davon, dass die App einsam herumsteht. Letztendlich steckt mit dem Contact Tracing eine gute Idee dahinter; aber die App trägt doch sehr wenig zur Kontaktnachverfolgung bei. Das zeigt, dass noch einige Dinge nachzubessern sind.

Wo sind die Probleme bei der Anwendung? – Das Hauptproblem ist – das ist schon mehrfach angeklungen, Herr Kollege Dr. Marcel Huber hat das ausdrücklich hervorgehoben –, dass zu wenige der positiven Fälle erfasst werden. Solange wir das nicht hin-

kriegen, hilft uns das ganze System nichts. Ich glaube, dass wir am ehesten bei den Testlaboren ansetzen müssen. Wir haben einige Testlabore, die das schlicht und einfach nicht erfassen. Manche haben keinen Zugang, andere erfassen das einfach nicht. Auch als Liberaler sage ich, dass wir darüber nachdenken müssen, ob wir hier nicht eine gewisse Pflicht einführen. Dort sind die PCR-Tests maßgeblich; wichtig ist, dass man eingetragen wird. Man könnte ja dem jeweiligen Nutzer ein Opt-out zur Verfügung stellen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass möglichst viel eingetragen wird.

Ich glaube, die Verbindung zu den Gesundheitsämtern ist nicht das Problem. Was steht denn in dieser App? – Dort steht, dass ich ein Handy bin und dass mein Benutzer zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Nähe eines Infizierten war. Mehr steht da nicht drin. Da kann ich herunterladen, was ich will. Dieses Contact Tracing ist völlig richtig organisiert. Hätten wir ein Position Tracing, bin ich mir sicher, dass sich die Zahl von über 20 Millionen Downloads ganz schnell wieder reduzieren würde. Das ist also grundsätzlich richtig angesetzt.

Ich möchte noch ein Thema ansprechen, nämlich den Datenschutz. Ich meine, die Corona-App funktioniert grundsätzlich richtig. Aber jetzt zu behaupten, wir hätten ein Datenschutzproblem und würden wir hier den Datenschutz nicht nach vorne stellen, würde das besser funktionieren, ist ein bisschen Volksverdummung. Herr Dr. Söder hat gesagt, der Datenschutz hätte eine hohe Hürde eingebaut und wir würden uns nur beim Datenschutz nicht bewegen, deshalb funktioniert die App nicht. Das ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei der FDP)

Zweifellos muss die App verbessert werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die FDP-Fraktion im Bundestag schon Mitte letzten Jahres gefordert hat, die App offen zu gestalten. Sie braucht eine saubere Schnittstelle, eine sogenannte API. An dieser Schnittstelle muss die Möglichkeit gegeben sein anzudocken, ohne dass die Daten weitergegeben werden. Das wäre ein guter Ansatz.

Kurz zu den einzelnen Anträgen: Zum ersten Punkt der FREIEN WÄHLER muss ich sagen: Ich habe selten eine so unkonkrete Forderung gelesen. Zur zweiten Forderung der FREIEN WÄHLER verweise ich auf die "Luca"-App. Die GRÜNEN behaupten, die Corona-App wäre eine Erfolgsstory. Tut mir leid, das kann ich wirklich nicht mittragen. Da schimmert auch ein Verbots- und Vorschriftenansatz durch. Dem Ansatz mit den offenen Schnittstellen können wir zustimmen. Wir stimmen diesem Antrag mit Überwindung zu.

Was die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen hat, ist grenzwertig. Als jemand, der aus der Branche kommt, muss ich sagen: Bei dem, was hier steht, kommt ein Programmieredenken von vor zehn Jahren zum Ausdruck. Ein heutiger Programmierer würde eine solche App völlig anders ansetzen. So, wie es hier steht, müssten wir noch ein halbes Jahr auf diese App warten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Kaltenhauser. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/14241 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktion der AfD und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Fraktion der GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/14260 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER,

der AfD sowie Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.